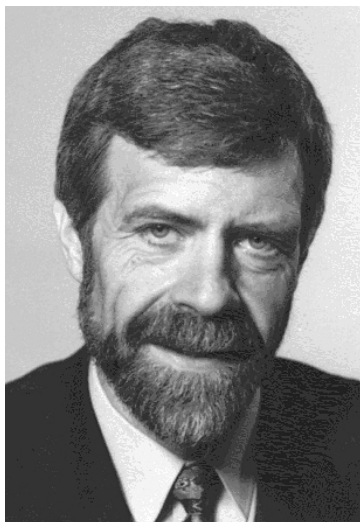


kampf der derzeitige Mittelaufwand unseres Landes für eine gute universitäre Ausbildung bei steigenden Staatskosten politisch als noch gerechtfertigt betrachtet wird. Ein langsames Absinken der Qualität unserer Medizin auf europäischem Durchschnittsniveau ist zumindest in Betracht zu ziehen.

Dies sind nur einige Beispiele die darauf hinweisen, wie die schwerwiegenden negativen Folgen der bilateralen Verträge in der Öffentlichkeit, auch wegen einer einseitig befürwortenden Propaganda, weit unterschätzt und verharmlost werden. Darum prüfe, wer sich ewig bindet!



## Ein notwendiger Integrationschritt

*P. Günter*

Korrespondenz:  
Dr. med. Paul Günter  
Nationalrat SP  
Chefarzt  
Spital Interlaken  
CH-3800 Interlaken

Für die sozialdemokratische Partei ist sicher, dass eine Integration in Europa für unser Land nötig ist. Dieser Prozess wird nicht ohne Schwierigkeiten ablaufen. Jedoch sind die Probleme lösbar, insbesondere weil die Schweiz für den Wettbewerb mit den europäischen Nationen dank ihrem hochstehenden Erziehungswesen und der ausgebauten Infrastruktur gut plazierte ist. Eine Isolation hingegen würde zu Stagnation und auf die Dauer zu wirtschaftlichem und kulturellem Niedergang führen.

Natürlich enthalten die Verträge auch Pflichten für uns und es gilt, einige wenige Kröten zu schlucken. Es bleibt aber festzuhalten, dass die Schweizer Unterhändler einen erstaunlich günstigen Vertrag aushandeln konnten. Fünf der sieben Dossiers sind klar zum Vorteil der Schweiz (Forschung, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Marktöffnung für landwirtschaftliche Produkte, Luftverkehr).

Es kann mit Sicherheit vorausgesagt werden, dass bei einem Nein neue Verhandlungen ein deutlich schlechteres Resultat erzielen würden.

### Dossier Landverkehr

Schrittweise sollen die Strassen- und Eisenbahnmärkte geöffnet werden. Zwar kann es durch das Abkommen vorübergehend tatsächlich zu mehr Lastwagen kommen. Die Verträge sehen aber Massnahmen vor, wenn die Lastwagenflut zu gross würde. Um eine Zunahme der Lastwagen zu verhindern, haben wir als flankierende Massnahmen den Alpenschutzartikel, die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA und die Grossprojekte im öffentlichen Verkehr (Neat, Alpentunnel).

Was würde bei einem Nein geschehen? Die Entwicklung bis jetzt zeigt, dass die bestehende Abwehr gegen Lastwagen ohne Verträge innerhalb kurzer Zeit unter dem Druck der umliegenden Länder ausgehöhlt würde. Schon jetzt werden die erlaubten Rayons ab Grenze für 40-Töner laufend erweitert und Ausnahmen geschaffen – so dürfen z.B. 40-t-Holzlastwagen (wegen «Lothar») bald überall hinfahren. Bei einem Nein könnte die LSVA nicht erhoben werden, womit zusätzlich die Bahnprojekte gefährdet wären (oder über neue Steuern finanziert werden müssten). Fazit: Obwohl das Dossier Landverkehr nicht ideal für die Umwelt ist, wäre ein Scheitern noch weit fataler.

### Dossier Personenfreizügigkeit

Hier könnte es gerade für unseren Berufsstand vor allem in Grenznähe einen vermehrten Konkurrenzdruck geben. Mit flankierenden Massnahmen versucht der Bund, die Veränderungen abzufedern. Diese Massnahmen sind insbesondere von SP und Gewerkschaften vehement gefordert worden. Nachdem nun effektive Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping in Aussicht sind, unterstützen SP und Gewerkschaften auch diesen Bereich.

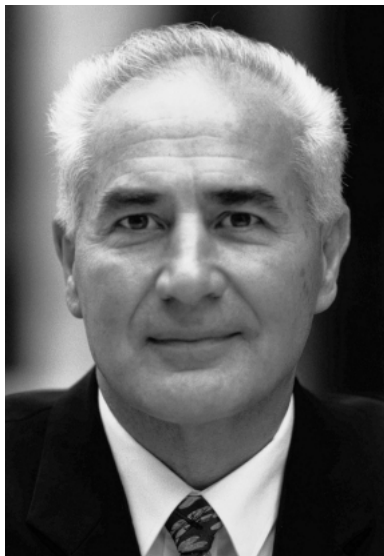
Es darf nicht vergessen werden, dass mit der Personenfreizügigkeit auch unseren Leuten und vor allem unseren jungen Leuten in bezug auf die Berufsausübung ganz Europa erschlossen wird.

Für die Ärzte wurde speziell beschlossen, dass Ausländer, die sich hier niederlassen wollen, zumindest eine Landessprache gut beherrschen müssen – mehr lag wegen des Diskriminierungsverbotes nicht drin.

Im übrigen darf darauf hingewiesen werden, dass die Situation auch zu einem rechten Teil in unserer Hand ist. Es sind unsere Chefärzte, die bereits heute willige deutsche Assistenten anstellen – selbstverständlich mit dem Wohlwollen jeweiliger Administrationen, welche bereits heute sich davon Lohn einsparungen versprechen. Es ist aber auch klar, dass die meisten von uns Chefärzten durchaus die Möglichkeit haben, ihre MitarbeiterInnen selbst auszuwählen und so mitzuhelfen, dass die Überschwemmung mit ausländischen Ärzten eben nicht im gefürchteten Ausmass erfolgt.

Wir sollten auch nicht vergessen, dass wir unseren Beruf auf dem gewohnten Niveau nur in einer wirtschaftlich florierenden Schweiz ausüben können. Hierfür aber, da bin ich überzeugt, braucht es die bilateralen Verträge.

Zum Schluss möchte ich nicht verhehlen, dass für die SP die bilateralen Verträge ein wichtiger Schritt in Richtung Integration in die EU sind. Ebenso klar ist aber, dass die bilateralen Verträge diesen Schritt nicht präjudizieren.



## Geben und Nehmen

G. A. Zäch

Korrespondenz:

Dr. med. Guido A. Zäch

Nationalrat CVP

Schweizer Paraplegikerzentrum

CH-6207 Nottwil

Verhandlungen sind ein Geben und Nehmen. Das gilt ganz besonders für die überaus komplexen bilateralen Abkommen, die am 21. Mai zur Abstimmung kommen. Aus dieser Sicht ist auch deren Würdigung aus gesundheitspolitischer Sicht mit positiven und negativen Aspekten beladen. Die positiven Aspekte überwiegen allerdings deutlich.

Die sieben bilateralen Abkommen sind in erster Linie Wirtschaftsverträge: Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt soll beidseitig verbessert werde. Aus gesundheitspolitischer Sicht möchte ich folgende Auswahl in den Vordergrund stellen:

### Gegenseitige Diplomanerkennung

Das Abkommen über den Personenverkehr enthält die gegenseitige Anerkennung der Diplome für Ärzte, Zahnärzte, Pharmazeuten, Krankenpflegepersonal und Hebammen. Dies führt zusammen mit den arbeitsmarktlichen Erleichterungen zu einer vereinfachten Rekrutierung qualifizierter DienstleisterInnen im Gesundheitswesen. Da damit innerstaatliche Massnahmen zur Sicherung der Qualität der medizinischen Dienstleistungen nicht ausgeschlossen werden, ist dagegen nichts einzuwenden.